



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Karl Freller, Josef Zellmeier, Ingrid Heckner, Dr. Florian Herrmann, Petra Guttenberger, Joachim Unterländer, Prof. Dr. Gerhard Waschler, Norbert Dünkel, Dr. Ute Eiling-Hütig, Alexander Flierl, Judith Gerlach, Max Gibis, Jürgen W. Heike, Florian Hölzl, Michael Hofmann, Dr. Gerhard Hopp, Thomas Huber, Hermann Imhof, Michaela Kaniber, Bernd Kränzle, Manfred Ländner, Otto Lederer, Ludwig Freiherr von Lerchenfeld, Andreas Lorenz, Dr. Hans Reichhart, Dr. Franz Rieger, Andreas Schalk, Kerstin Schreyer, Klaus Steiner, Karl Straub, Peter Tomaschko, Carolina Trautner, Steffen Vogel, Manuel Westphal, Mechthilde Wittmann und Fraktion (CSU)**

Nein zu Antisemitismus in Bayern!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag verurteilt die antiisraelischen Ausschreitungen der jüngsten Vergangenheit, wie z. B. am vergangenen Wochenende in Berlin, und spricht sich ausdrücklich für die entschiedene Bekämpfung von Antisemitismus und ein konsequentes Vorgehen gegen unfriedliche bzw. rechtswidrige Kundgebungen und Ausschreitungen in diesem Kontext aus.

Der Landtag spricht sich ferner angesichts der besonderen historischen Verantwortung Deutschlands dafür aus, jüdisches Leben und jüdische Kultur in Bayern nachhaltig zu fördern.

Begründung:

Die Entscheidung des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika Donald Trump, Jerusalem als Hauptstadt Israels anzuerkennen, rechtfertigt in keiner Weise Antisemitismus. Solche Ansätze werden in Deutschland nicht geduldet und entschieden verurteilt. Dies gilt im Besonderen auch für die Ausschreitungen vor dem Brandenburger Tor in Berlin.

Solcher Hass, der den Tod von Glaubensangehörigen oder eines ganzen Volkes zum Ziel hat, hat auf deutschem Boden keinen Platz. Wer so etwas als „Israelkritik“ verharmlost, macht sich mitschuldig. Dieser Hass muss bekämpft werden, egal gegen welche Religion er sich richtet.

Dem Staat Israel und allen Menschen jüdischen Glaubens gegenüber haben wir als Deutsche eine besondere Verantwortung und eine herausgehobene Beziehung. Neben der Prävention von antisemitischen Straftaten und verschiedener Präventions- und Bildungsmaßnahmen ist deshalb auch die jüdische Kultur vermehrt in den Mittelpunkt zu stellen. Auf den Beschluss des Landtags vom 09.11.2017 auf Drs. 17/18946 wird Bezug genommen.